



Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Pariser Platz 3  
10117 Berlin  
Tel. +49 30 856214-500

12. Januar 2024

## Keine zusätzliche steuerliche Belastung landwirtschaftlicher, gärtnerischer und forstlicher Betriebe!

Anrede,

die von der Bundesregierung vorgeschlagenen zusätzlichen Belastungen beim Agrardiesel würden zu erheblichen Kostensteigerungen führen und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Land- und Agrarwirtschaft inklusive des Gartenbaus und der Forstwirtschaft weiter verschlechtern. Eine Steuererhöhung in dieser Größenordnung für eine einzige Branche bleibt auch nach der Rücknahme der Pläne zur Kfz-Steuerbefreiung grob unverhältnismäßig. Dies gefährdet nicht nur den begonnenen Transformationsprozess einschließlich seiner Finanzierung, sondern führt vor allem zu einer weiteren Benachteiligung im europäischen Binnenmarkt.

Wir fordern Sie daher auf, die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft vor weiteren massiven zusätzlichen Kostenbelastungen zu schützen. Setzen Sie sich dafür ein, dass die gegenwärtigen Regelungen für den Agrardiesel beibehalten werden. Die für unseren Sektor geplanten Streichungen führen zu einer Mehrbelastung von rund einer halben Milliarde Euro. Damit müsste die Land- und Ernährungswirtschaft einen überproportionalen Teil der Lasten tragen. Das ist nicht hinnehmbar.

Nur ein geringer Teil des Treibstoff-Verbrauchs der Landwirtschaft entfällt auf Transporte. Vielmehr wird der Dieselmotorkraftstoff für die Bodenbearbeitung, Aussaat und Ernte sowie für das Ausbringen von Betriebsmitteln benötigt. Eine steuerliche Entlastung ist damit gerechtfertigt und das umso mehr, weil auf absehbare Zeit keine alternativen Antriebsarten verfügbar sein werden. Das gilt auch für den vor- und nachgelagerten Bereich wie zum Beispiel die Milchverarbeitung und den Gartenbau. Darüber hinaus zahlen die Landwirte in anderen europäischen Staaten bereits heute einen geringeren Steuersatz als in Deutschland. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Kostensituation für unseren Sektor wie auch die gesamte Volkswirtschaft durch den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis und die drastische Erhöhung der Lkw-Maut ohnehin deutlich verschärft hat. Eine zusätzliche Besteuerung hätte keinerlei klimarelevante Lenkungswirkung, sondern würde eine schlichte Einkommensabschöpfung bedeuten.

«Briefanrede», wir fordern Sie eindringlich auf, unsere Forderungen im Interesse einer leistungsfähigen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zu unterstützen. Für Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Franz-Josef Holzenkamp  
DRV-Präsident

Joachim Rukwied  
DBV-Präsident

Dr. Irene Seling  
AGDW-Hauptgeschäftsführerin

Rainer Schuler  
Der Agrarhandel-Präsident

Hajo Hinrichs  
BdB-Präsident

Friedrich-Otto Ripke  
ZDG-Präsident

Frank Gemmer  
IVA-Hauptgeschäftsführer

Jürgen Mertz  
ZVG-Präsident

Dr. Momme Matthiesen  
OVID-Geschäftsführer

Olaf Feuerborn  
UNIKA-  
Vorstandsvorsitzender

Stephanie Franck  
BDP-Vorsitzende

Johannes Blietle  
BVEO-Vorsitzender

Dr. Nora Hammer  
BRS-Geschäftsführerin

Peter Rotthaus  
BVW-Geschäftsführer

Dr. Andreas  
Brügger  
DFHV-Präsident

Eckhard Heuser  
MIV-Hauptgeschäftsführer

Heinrich Dierkes  
ISN-Vorsitzender

Dr. Sebastian Schwarz  
DKHV-Geschäftsführer

Cord Schiplage  
DVT-Präsident

Klaus Schneider  
DWW-Präsident

Max von Elverfeldt  
FaBLF-Vorsitzender

Georg Schirmbeck  
DFWR-Präsident

Helmut Dammann-  
Tamke  
DJV-Präsident

Dr. Peter Breckling  
DFV-Generalsekretär

Petra Bentkämper  
DLV-Präsidentin

Peter Manderfeld  
IGM-Sprecher

Klaus Pentzlin  
BLU-Präsident

Stafan Teeper  
BVH-Vorsitzender

Bettina Gräfin von Spee  
VDP-Vorsitzende

Ulf Kopplin  
LBT-Geschäftsführer

Henner Schönecke  
BVEi-Vositzender

Theresa Schmidt  
BDL-Bundesvorsitzende

Jens Stechmann  
BOG-Vorsitzender